

Bildungsanstrengungen verstärken Fachkräftepotenziale ausschöpfen

Deutschland steuert auf einen Mangel an gut ausgebildeten Fachkräften zu. Bereits heute machen sich Engpässe in bestimmten Branchen und Regionen bemerkbar, etwa bei Ingenieurinnen und Ingenieuren, aber auch bei anderen Berufsgruppen mit technisch-naturwissenschaftlichem Bildungshintergrund. Experten sind sich einig, dass sich die Situation in den kommenden Jahren verschärfen wird. Die Bevölkerung schrumpft und der Bedarf an gut ausgebildeten Beschäftigten wächst. Bis spätestens 2015 wird ein genereller Mangel an Fachkräften und Hochqualifizierten in Deutschland immer wahrscheinlicher. Unserem Land droht eine schmerzliche Fachkräftelücke, die sich zu einem ernsthaften Innovations- und Wachstumshemmnis entwickeln kann. Um die Zukunftsfähigkeit unserer Volkswirtschaft und den Wohlstand in unserem Land nachhaltig abzusichern, besteht dringender Handlungsbedarf.

Für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten kommt bildungs-, weiterbildungs- und beschäftigungspolitischen Handlungsansätzen eine zentrale Bedeutung zu, um bestehende Fachkräftepotenziale in unserer Gesellschaft optimal auszuschöpfen und dem drohenden Fachkräftemangel nachhaltig vorzubeugen. Bildung und Qualifizierung sind zudem die Voraussetzung für eine selbstbestimmte, eigenverantwortliche Lebensführung. Sie sichern die gerechte gesellschaftliche Teilhabe jedes Menschen. Daher streben wir folgende Ziele an:

- ▶ Wir wollen das Fachkräfteangebot in Deutschland langfristig quantitativ und qualitativ sichern, um so aus eigener Kraft einen wichtigen Beitrag zum Erhalt und zum Ausbau der Innovations- und Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft zu leisten.
- ▶ Wir wollen mehr Menschen bessere Bildung ermöglichen, das Bildungsniveau in allen Qualifikationsstufen anheben sowie die Chancengleichheit und Durchlässigkeit in der Bildung verbessern. Alle Menschen brauchen die Chance auf eine gute berufliche Qualifizierung in Ausbildung oder Studium. Daher brauchen wir ein sozial gerechtes, integratives, durchlässiges und leistungsfähiges Bildungssystem.
- ▶ Wir wollen die Beschäftigungsfähigkeit der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer über alle Phasen der Erwerbsbiografie verbessern und erhalten, die Weiterbildungsfähigkeit stärken und die Beteiligung an Weiterbildung und lebenslangem Lernen deutlich erhöhen.
- ▶ Wir wollen die Erwerbsbeteiligung von Bevölkerungsgruppen steigern, deren Potenziale bisher unvollständig ausgeschöpft wurden oder die in unserem Bildungs- und Beschäftigungssystem strukturell benachteiligt sind. Frauen, ältere Fachkräfte sowie Migrantinnen und Migranten brauchen gleiche Teilhabe- und Erwerbschancen. Auch das große Potenzial behinderter Menschen wird nach wie vor nicht in ausreichendem Maße genutzt, obwohl behinderte Menschen mit der richtigen Unterstützung hoch motivierte und engagierte Arbeit leisten können.

Die SPD hat in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung seit 1998 bereits vielfältige Anstrengungen unternommen und eine Vielzahl von Maßnahmen auf den Weg gebracht, um diesen Zielen näher zu kommen. Exemplarische Stichworte sind das 4-Mrd.-Euro-Ganztagschulprogramm, der Ausbildungspakt, der Hochschulpakt 2020, die BAföG-Novellen, das Bundesgleichstellungsgesetz, das Allgemeine Gleichbehandlungsgesetz, der Ausbildungsbonus für Altbewerberinnen und Altbewerber sowie der Rechtsanspruch auf Kinderbetreuung ab dem ersten Geburtstag. Darauf aufbauend wird auch in den nächsten Jahren entschlossenes Handeln notwendig bleiben.

Der Geschäftsführende Vorstand der SPD-Bundestagsfraktion hat daher im Herbst 2007 eine Projektgruppe eingesetzt, die weitere Vorschläge zur mittel- und längerfristigen Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland entwickeln sollte. Der Schwerpunkt lag dabei auf der Frage, welche Beiträge die Bundespolitik im Rahmen ihrer verfassungsrechtlichen Kompetenzen und auch über den Zeithorizont der laufenden Legislaturperiode hinaus zur Sicherung der Fachkräftebasis – auch in Kooperation mit Ländern und Sozialpartnern – leisten kann und sollte. Mit ihrem Abschlussbericht hat die Projektgruppe nun ihre Empfehlungen für einen umfassenden Maßnahmenkatalog vorgelegt, um die genannten Zielsetzungen zu erreichen. Hervorzuheben sind unter anderem:

- ▶ **Reform des „Meister-BAföG“:** Wir wollen das Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetz („Meister-BAföG“) noch in diesem Jahr novellieren. Dabei wollen wir unter anderem die förderfähigen Fortbildungen erweitern (Altenpflege, Erzieherinnen und Erzieher), Förderleistungen verbessern und Förderlücken schließen (u.a. Erhöhung des Zuschussanteils für den Unterhalt, Einbeziehung der Prüfungsphase in die Unterhaltsförderung, Belohnung erfolgreicher Fortbildungsabschlüsse), die Familienförderung ausbauen (u.a. Erhöhung des Kinderzuschlags beim Unterhaltsbeitrag) sowie die Förderung von Migrantinnen und Migranten ausweiten. Wir streben an, die Zahl der Geförderten bereits mittelfristig um mindestens 50 Prozent zu steigern.
- ▶ **Rechtsanspruch auf das Nachholen eines Hauptschulabschlusses:** Die Teilhabechancen von Menschen ohne Bildungsabschluss werden sich weiter dramatisch verschlechtern. Daher müssen mehr Chancen zur nachholenden Qualifizierung geschaffen werden. Als ersten Schritt wollen wir bereits kurzfristig einen Rechtsanspruch auf den nachträglichen Erwerb eines Hauptschulabschlusses durchsetzen.
- ▶ **Vereinbarung eines Hochschulpakts II als „Pakt für die Studierenden“ zur Schaffung von 200.000 zusätzlichen Studienplätzen:** Den Hochschulen kommt zur Sicherung des steigenden Bedarfs an hochqualifizierten Fachkräften eine zentrale Rolle zu. Ziel muss es sein, die Studierendenquote deutlich zu erhöhen und einen insgesamt höheren Akademikeranteil bei den Fachkräften in Deutschland zu erreichen. Wir setzen uns dafür ein, dass eine Bund-Länder-Vereinbarung für einen weiterentwickelten Hochschulpakt II klar auf die Förderung von Studium und Lehre ausgerichtet wird. Bundesweit wollen wir mindestens 200.000 zusätzliche Studienplätze bis 2015 erreichen.
- ▶ **Modernisierung des dualen Systems auf Grundlage des Berufsprinzips:** Um das duale System zu stärken, wollen wir die Ausbildungsordnungen modernisieren, die Ausbildungsberufe zu Berufsfamilien zusammenführen und die Ganzheitlichkeit der Ausbildung und des Berufsprinzips bewahren. Wir setzen uns für den raschen Einstieg in die Umsetzung entsprechender Vorschläge von Kammern und Gewerkschaften ein.
- ▶ **Verbesserung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte:** Die Ausweitung des Hochschulzugangs für beruflich Qualifizierte („Studium ohne Abitur“) stellt einen wichtigen Ansatz zur Erhöhung des Fachkräftepotenzials gerade in naturwissenschaftlich-technischen Fächern dar. Wir setzen uns für eine bundeseinheitliche Regelung zur Erhöhung der Durchlässigkeit der Hochschulen für beruflich qualifizierte Fachkräfte ein. Außerdem sollte der Hochschulzugang dieser Zielgruppe durch finanzielle Anreize für die Studierenden wie für die Hochschulen gefördert werden.
- ▶ **Erarbeitung eines Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes:** Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben und nutzen, Qualifikationen und Kompetenzen durch lebenslanges Lernen und Weiterbildung zu erhalten, zu erneuern und auszubauen. Spätestens in der nächsten Legislaturperiode steht für uns die Verabschiedung eines Erwachsenenbildungsförderungsgesetzes auf der Tagesordnung, in dem v.a. Finanzierungsfragen, Rechtsansprüche sowie arbeitsrechtliche Aspekte für den Weiterbildungsbereich geregelt werden.
- ▶ **Erarbeitung eines Gleichstellungsgesetzes für die Privatwirtschaft:** Die gleichberechtigte Teilhabe von Frauen in Führungspositionen und Existenz sichernder Erwerbstätigkeit ist ein zentraler Schlüssel zur Sicherung der Fachkräftebasis in Deutschland. Dazu gehört auch gleicher Lohn für gleiche und gleichwertige Arbeit. Freiwillige Vereinbarungen reichen nicht aus. Daher setzen wir uns für ein Gleichstellungsgesetz für die Privatwirtschaft und gesetzliche Maßnahmen für die gleiche Teilhabe von Frauen in Aufsichtsgremien ein.
- ▶ **Umbau der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung:** Mehr Prävention in der Arbeitsmarktpolitik und eine bessere Absicherung von Übergängen in veränderten Erwerbsverläufen sollen die Beschäftigungsfähigkeit stärken. Die Arbeitsversicherung soll nicht erst dann Leistungen erbringen, wenn der Risikofall eingetreten ist.

Die Sicherung der Fachkräftebasis unserer Volkswirtschaft ist eine Querschnittsaufgabe, bei der Bund, Länder und Kommunen sowie Unternehmen, Verbände und Sozialpartner gemeinsam in der Verantwortung stehen. Die SPD-Bundestagsfraktion wird auf der Grundlage der vorliegenden Empfehlungen mit allen relevanten Akteuren das Gespräch suchen, um konkrete Umsetzungs-

schritte auf den Weg zu bringen. So setzen wir uns für einen Ausbildungsgipfel und einen Weiterbildungspakt ein, um alle Verantwortlichen an einen Tisch zu bringen und konkrete Maßnahmen zu vereinbaren.

Als erste Plattform für konkrete Vereinbarungen bietet sich der für Herbst angekündigte Qualifizierungsgipfel von Bund und Ländern an. Dieser „Gipfel“ muss als Chance genutzt werden, Bildung, Qualifizierung und die Absicherung der Fachkräftebasis tatsächlich als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrzunehmen. Wir werden auch die Wirtschaft immer wieder daran erinnern, dass es in ihrer primären Verantwortung liegt, langfristige Personalplanung zu betreiben, für gute Aus- und Weiterbildung zu sorgen und gerade auch Frauen, Ältere und Migrantinnen und Migranten besser ins Erwerbsleben zu integrieren.

Deutschland wird auch künftig auf bedarfsgerechte und gesteuerte Fachkräftezuwanderung nicht verzichten können. Eine weitere Arbeitsgruppe der SPD-Fraktion befasst sich mit den Themen Zuwanderung und Arbeitnehmerfreizügigkeit aus europäischer Sicht und strebt an, hierzu bis Herbst 2008 eine Positionierung zu erarbeiten. Der Schwerpunkt muss aber darauf gerichtet bleiben, die Binnenpotenziale optimal auszuschöpfen. Gute und gleiche Lebens- und Teilhabechancen aller in Deutschland lebenden Menschen und die langfristige Absicherung der Grundlagen unseres Wohlstandes sind zwei Seiten einer Medaille.